

# „Rechnungen können bezahlt werden“

Wie der neue stellvertretende Bürgermeister Wolfgang Grün die finanzielle Misere der Gemeinde Löhnberg beurteilt

Von Henning Schenckenberg

**LÖHNBERG.** Der neue stellvertretende Bürgermeister Wolfgang Grün (CDU), der das Amt von den zurückgetretenen Udo Jung und Ulrich Reichard (beide SPD) am 29. Mai übernommen hatte, warnt auf Anfrage dieser Redaktion mit Blick auf die aktuelle Finanzmisere vor Panikmache.

„Die Begriffe Zahlungsunfähigkeit und Gemeinde passen nicht zusammen“, sagt er. Löhnberg sei nach wie vor in der Lage, seine Rechnungen zu begleichen. Es bestehe keine Veranlassung, die Bürgerinnen und Bürger zu verunsichern. Derzeit sei er dabei, sich einen Überblick über die Zahlen zu verschaffen, und befinde sich in engem Austausch mit der Finanzverwaltung der Gemeinde. Klar sei, dass gespart werden müsse. „Wir haben diesbezüglich ja auch einige Hausaufgaben vom Regierungspräsidium und dem Landkreis erhalten“, sagt er.

## Keine Entscheidungen aus der Emotion treffen

Wie auch Bürgermeister Frank Schmidt (SPD) kündigt er an, dass die freiwilligen Leistungen der mit rund 26 Millionen Euro verschuldeten Gemeinde auf den Prüfstand gehörten. Im Klartext bedeutet dies, dass es etwa für Vereine künftig weniger Geld geben dürfte. Entscheiden darüber müssten aber die politischen Gremien der Kommune. „Wichtig ist es nun, dass wir Ruhe bewahren“, sagt Wolfgang Grün. Entscheidungen aus Emotionen heraus zu treffen, sei nicht



Der Haushalt für die Gemeinde Löhnberg wird nun wohl auch nicht auf der Sitzung am 20. Juni eingebracht.

Foto: Dorothee Henche

zielführend. Er wolle auch nicht nach Schuldigen für die Misere suchen, sondern den Blick nach vorne richten.

## Haushalt wird wohl nicht am 20. Juni eingebracht

Wolfgang Grün geht derzeit nicht davon aus, dass es gelingen wird, den Haushalt auf der Sitzung am 20. Juni einzubringen. „Wir wollen kein Konstrukt kreieren, das dann am Ende nicht passt und nicht die Zustimmung der Aufsichtsbehörden erhält“, sagt der stellvertretende Bürgermeister. Wichtig sei es nun vor allem, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Dies müssen Kommunen vor-

legen, die keinen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können. In dem Haushaltssicherungskonzept muss dargestellt werden, wie das Defizit abgebaut werden soll. „Wenn das Zahlenwerk fertig ist, werden wir es zunächst dem Regierungspräsidium vorlegen“, sagt Wolfgang Grün. Es mache nämlich überhaupt keinen Sinn, vorher im Parlament darüber zu entscheiden.

Das Regierungspräsidium Gießen hatte jüngst auf Anfra-

ge dieser Redaktion darauf hingewiesen, dass die Kommunen bei der Aufstellung des Haushalts gesetzliche Fristen zu beachten hätten. Demnach solle die von der Gemeindevertretung beschlossene Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahrs der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden. Diese Frist werde aber von der Mehrzahl der mittelhessischen Kommunen nicht eingehalten.



Wolfgang Grün  
Foto: Heike Lachnit

Bürgermeister Frank Schmidt ist nach wie vor krankgeschrieben, „auf nicht absehbare Zeit“, wie es auf der Homepage der Gemeinde heißt. Wolfgang Grün, der neue stellvertretende Bürgermeister, engagiert sich bereits seit 30 Jahren in den Gremien der Kommune und übt seine aktuelle Rolle ehrenamtlich aus.

Die Hausaufgaben, die der Kommune seitens des Regierungspräsidiums gestellt worden sind, sind klar umrissen. Bereits im Februar hatte die Gemeinde einen Brief erhalten, in dem ein dringender Konsolidierungsbedarf der Finanzen gesehen und umgehende Maßnahmen angemahnt worden sind.